

# Das kommt auch in den besten Kreisen vor

## Korruptionsvorwürfe in der philippinischen Zivilgesellschaft — einige einleitende Worte

von Niklas Reese

**K**räfte für den gesellschaftlichen Wandel zu sein, das nehmen politisch orientierte Kräfte aus der philippinischen Zivilgesellschaft meist für sich in Anspruch. Das bedeutet allerdings auch, dass sie besonderen Anforderungen und Normen standhalten müssen. Anfang diesen Jahres hat es zwischen den großen politischen Blöcken der NGO-Szene heftig geknallt. Gegenstand des Streits: Die sogenannten PEACE BONDS.

Das Netzwerk CODE-NGO hatte im Oktober 2001 öffentliche Anleihen zu Vorzugsbedingungen im Wert von 10,2 Milliarden Pesos (23 Millionen Euro) erworben. Unter dem Dach von CODE-NGO haben sich zwölf Unternetzwerke mit über 2500 Mitgliedsorganisationen — Nichtregierungsorganisationen, Basisorganisationen und Kooperativen — vereint. CODE-NGO diente als Schaltstelle des breiten Bündnisses KOMPIL II, das im letzten Jahr maßgeblich die Protestaktionen gegen Ex-Präsident Estrada — die sogenannte People Power II oder EDSA DOS — organisiert hatte. Einige aus ihren Reihen besetzen unter Präsidentin Arroyo mittlerweile Regierungsposten.

Diese von der Steuer befreiten »Friedensanleihen« wurden unter Vermittlung der RCBC-Bank für zwölf Milliarden Pesos verkauft. Von den 1,8 Milliarden Gewinn erhielt die RCBC 400 Millionen Kommission und CODE-NGO 140 Millionen Pesos. Die übrigen 1,26 Milliarden wurden Kapital einer von CODE-NGO neu ins Leben gerufene Stiftung, der *Peace and Equity Foundation*, aus deren Erträge Armutsbe-

kämpfungsprogramme finanziert werden sollen. Die Anleger der Peace Bonds erhalten keine Zinsen, allerdings werden ihnen nach zehn Jahren insgesamt 35 Milliarden Pesos ausgezahlt.

CODE-NGO hat diese Form der Mittelbeschaffung verteidigt und sieht in der Ausgabe von Anleihen eine innovative Form der Geldbeschaffung, gerade da Entwicklungshilfegelder aus dem Ausland immer spärlicher werden. Schon seit den frühen Neunzigern gingen die Entwicklungshilfegelder aus dem Ausland kontinuierlich zurück, nachdem es nach dem Machtwechsel von 1986 reichlich Liebesgaben für die neue — demokratisch gewählte — Präsidentin Aquino gegeben hatte. So haben USAID und die kanadische Entwicklungsagentur CIDA ihre NGO-Programme um 50 Prozent gekürzt. Die Ford Foundation, eine der größten Geldgeber für philippinische NGOs, will ihre Hähne nächstes Jahr (2003) abdrehen.

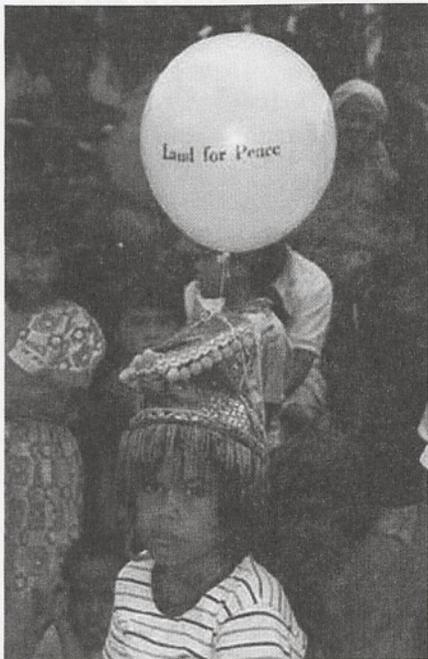
Die Kritiker/innen aus dem radikaldemokratischen Spektrum werfen CODE-NGO hingegen vor, seine zahlreichen guten und engen Kontakte zur Regierung genutzt zu haben. Bei dem Deal handele es sich um eine Gefälligkeit für die herausragende Rolle von CODE-NGO während EDSA DOS.

Methoden der traditionellen Politik wie Vetternwirtschaft, undurchsichtiger Einsatz persönlicher Verbindungen, die Nutzung von Informationsasymmetrien und *Rent Seeking* (Pfründesicherung) erhielten so Einzug in die Zivilgesellschaft, die solche Gebaren stets kritisiert habe und vorbildhaft für ein alternatives politisches System sein solle.

»Als Zivilgesellschaft wollen wir uns beispielhaft verhalten, um eine Alternative zu einem System und zu Praktiken aufzuzeigen, welche wir seit langem als abstoßend und völlig unvorteilhaft für das Volk erachten. Unseren Einfluss als Zivilgesellschaft können wir nur durch unsere moralische Autorität geltend machen, da wir keinerlei Kontrolle über Regierung, Wirtschaft und Gesellschaft auszuüben gedenken. Daher müssen die Grundsätze, die wir an uns selber anlegen, mindestens so überzeugend sein wie die, die wir von der Regierung, den Beamten, den Politiker/innen und den politischen Parteien erwarten. Nur auf diese Weise unterscheiden wir uns von dem System, das wir ablehnen. Ansonsten verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit.« heißt es in einer Stellungnahme der Freedom from Debt Coalition vom 30. Januar 2002, einem konkurrierenden politischen Netzwerk, das zu den lautesten Kritikern des Deals gehört.

Viel grundsätzlicher allerdings ist die Kritik aus der »nationaldemokratischen« — also orthodox-linken — Ecke. Sie kritisieren seit jeher die konkrete Projektarbeit, die sie »Socio-eco-Ansatz« nennen. Sie meinen, dass ein projektorientierter Ansatz, bei dem mit Regierung, Wirtschaft und ausländischen Geldgebern kooperiert wird, generell keine Überwindung der philippinischen Klassengesellschaft zum Ergebnis haben werde. Ein solcher Eindruck werde jedoch in der PEACE BONDS Kontorverse erneut vermittelt. Somit werde das Volk entpolitisiert und die soziale Bewegung für echte gesellschaftliche Veränderung unterminiert.

Im folgenden finden sich zwei (gekürzte) Artikel, die im März in der Webzeitung Bulatlat.Com erschienen sind und diese Position zum Ausdruck bringen. Auch wenn diese Position nicht unumstritten sein und so manche/n zum Widerspruch reizen dürfte, hat sich die Redaktion entschlossen, die Artikel zu veröffentlichen, weil sie pointiert einen weitverbreiteten Entwicklungsansatz hinterfragen. Tony Evans schreibt in seinem jüngst erschienenen Buch »The Politics of Human Rights«, dass Armutsbekämpfung integraler Bestandteil der Sicherung des Status quo durch die Eliten sei. Wo die Akzeptanz des niedrighschwelligigen Demokratieverständnisses neoliberaler Provinienz (low-intensity democracy) erodiere, werde humanitäre Hilfe und Armutsbekämpfung zur Herrschaftssicherung eingesetzt – bevor schließlich zum letzten Mittel gegriffen wird, um den Status Quo zu verteidigen: polizeistaatliche Methoden und militärische Intervention. Auch Nichtregierungsorganisationen müssen sich fragen, wie sie in dieser Hinsicht instrumentalisiert werden. Die Kritik an der Entwicklungshilfe dürfte zudem durch die Privatisierung von Entwicklungspolitik in Folge öffentlicher Armut und der eingeforderten »Stärkung der Eigeninitiative«, welche die neoliberale Umgestaltung unserer Gesellschaften mit sich bringt, zudem noch an Bedeutung gewinnen.



Heiße Luft — kritische Blicke auf die Zivilgesellschaft

Quelle: REAPS 2001

# Zivilgesellschaft und die hohe Kunst der Kollaboration

von Sandra Nicolas

**Der PEACE BONDS-Skandal ist nur der jüngste Vorfall, der den Bankrott der Ideen wie auch der Praxis der sogenannten »Zivilgesellschaft« aufdeckt hat. Die Geschichte von CODE-NGO und anderen Gruppierungen aus der »Zivilgesellschaft« ist ein mahnendes Beispiel dafür, dass ihre Taten nicht soziale Kräfte stärken, die einen gesellschaftlichen Wechsel ermöglichen können, sondern diese vielmehr in die Bedeutungslosigkeit treiben.**

Die meisten Kritiker/innen sehen in den PEACE BONDS lediglich ein »unfeines Mittel für einen feinen Zweck«. Sie übersehen aber den Kern der Sache. Von Anfang hat CODE-NGO mit seinem Vorgehen die soziale Bewegung, die für einen echten Wandel eintritt, unterminiert.<sup>1</sup>

In Idee und Praxis hat die philippinische Zivilgesellschaft, CODE-NGO eingeschlossen, viel dafür getan, das neoliberale Programm voran zu bringen und zu vervollständigen. Sie haben ganze Gemeinden dazu verleitet, an Wohlfahrtsprojekten teilzunehmen, und sie damit vom Kampf gegen systematische Ungerechtigkeiten bei der Ressourcen- und Machtverteilung abgebracht.

Politisch haben sie die Illusion verbreitet, Wandel sei durch Lobbyarbeit herbei zu führen und indem man mit den Mächtigen »konstruktiv zusammenarbeitet statt die Auseinandersetzung zu suchen.

## Die Entmachtung der Bevölkerung

In Gemeinden im ganzen Land sind Tausende von selbst ernannten zivilgesellschaftlichen Organisationen (*Civil Society Organizations*: CSOs als Sammelbegriff für Nichtregierungsorganisationen: NGOs und Basisorganisationen: POs) aktiv — in sozioökonomisch ausgerichteten Projekten, bei der Einkommenssicherung (*livelihood*), in den Bereichen

Bildung, Gesundheit, Umwelt, Katastrophenschutz und vielen anderen. Schätzungsweise 5.000 bis 7.000 der insgesamt etwa 25.000 Nichtregierungsorganisationen beteiligen sich an solcher »Entwicklungsarbeit«.

Armut wird als ein Problem vor Ort abgetan, welches durch gutgemeinte Zuwendungen in Form von Kapital und anderen Ressourcen gelöst werden könne. Es wird nicht darum gekämpft, die Kontrolle über die Produktionsmittel zu erhalten, sondern lediglich darum gebettelt, einen Teil davon abzubekommen.

Doch im besten Falle werden bloß kleine Inseln der Hilfe geschaffen. In vielen Fällen — etwa bei den sogenannten Agrarreformgemeinschaften (ARCs), die um die knappen Gelder gegen andere Gemeinschaften konkurrieren — bewirken solche sozioökonomischen Projekte nur, dass andere Gruppen leer ausgehen. Am schlimmsten ist, dass die CSOs wie Arbeitsvermittlungen handeln, indem sie Frauen als Subunternehmerinnen für die Textilindustrie einstellen oder Bauern in Agrarreformenklaven Exportprodukte (*cash crops*) anbauen lassen. Die CSOs verdienen daran, dass sie die neoliberalen Strukturen und die wirtschaftliche Rückständigkeit gar noch fördern.

Auch im Bereich der sozialen Dienste sieht es nicht besser aus. Die CSOs erhalten Gelder für ihre Gesundheits- und Bildungsprojekte und brüs-

Dieser Artikel ist am 25. Februar in Bulatlat.Com erschienen.